STVV: 3.4. Top: 15 Vorlage Änderung der Hebesatzsatzung und Änderungsanträge BfB und VuA zu 400 % Hebesatz Gewerbesteuer und 1000 % Hebesatz Grundsteuer Rede von: Doris Sterzelmaier

Sehr geehrte Stadtverordnetenvorsteherin,

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Gäste,

die Stadt Bensheim hat noch keinen Haushalt 2025 beschlossen. Dies sollte ursprünglich in der heutigen Sitzung geschehen. Durch die Ankündigung im Februar, dass weiterer Steuer-Rückzahlungen in Höhe von 8 Mio Euro an einen Gewerbesteuerzahler zu zahlen sind, ändere sich so viel, dass die Unterlagen zur Haushaltsberatung überarbeitet werden müssen.

Der Haushalt 2025 soll nun in der Stadtverordnetenversammlung am 5.6. beschlossen werden.

Er beinhaltet viele Stellschrauben die diskutiert werden müssen: von

Einsparungen, Kürzungen, Kündigungen von Verträgen, die dann später zu Einsparungen führen,

Senkung von Energiekosten z.B weiter Umstellung auf LED und Nutzung neue Techniken

Beitrags- und Gebührenerhöhungen -vieles ist zur Zeit nicht kostendeckend-,

Erhöhung von Eintritten, Mieterhöhungen bei Nutzung städtischer Einrichtungen

Es geht auch darum, über neue Einnahmen zu sprechen z.B. Parkgebühren auf öff. Straßen, wie wir es schon einmal hatten oder Pachteinnahmen durch Freiflächen PV Anlagen und Windräder oder Einnahmen durch die EEG Abgabe an die Kommunen pro erzeugter KW Stunde erneuerbaren Stromes.

Mit welcher Summe kann die 100 % Tochtergesellschaft MEGB der Stadt in dieser Haushaltssituation helfen? Dazu gibt es heute einen gemeinsamen Antrag und die Antworten am 5.6.

Und ja, es geht auch um Steuererhöhungen.

Gerade eben haben wir einstimmig eine Erhöhung der Spielapparatesteuer beschlossen, die uns 125.000 Euro noch im 2.Halbjahr 2025 bringt.

Ab 2026 dann jedes Jahr 250.000,-- Euro Mehreinnahmen. Die Stadt schrieb in der Presse, sie will die Verpackungssteuer prüfen. Aus unserer Sicht gäbe es noch die Leerstandssteuer oder die Grundsteuer C auf unbebaute Baugrundstücke. Hier könnte durch die Wirkung sogar noch neuer Wohnraum entstehen.

Wir wissen, wir müssen in der Stadt mit deutlich weniger Gewerbesteuereinnahmen in den kommenden Jahren auskommen.

Dies hat zur Folge, wir zahlen dann auch weniger Umlagen und bekommen mehr Schlüsselzuweisungen vom Land. Das löst ein Teil des Problems.

Eine weitere Rahmenbedingung ist die Vorgabe, ob wir unseren Haushalt in 4 , 5 oder 10 Jahren konsolidiert haben müssen. Als Grüne Fraktion haben wir Anfang des Jahres an den Innenminister geschrieben und ihm unsere Situation geschildert und um einen 10 Jahres Zeitraum gebeten.

Eine weitere Entscheidung ist, ob und wie hoch wir Kredite aufnehmen? Sicher ist, dass wir in Zukunft darauf achten, immer einen Rahmen für einen Liquiditätskredit bei der Stadtkasse zu haben. Derzeit haben wir keinen. Übersetzt auf Privathaushalte wäre das so, als wenn sie bei ihrer Bank keinen Überziehungskredit bei ihrem Girokonto haben.

Beim vorliegenden Tagesordnungspunkt heute geht es darum, dass die Verwaltung als Lösung vorschlägt, die Grundsteuer von 617 % Hebesatz auf 1.275 % mehr als zu verdoppeln.

Dies bedeutet, dass der Löwenanteil der HH Sanierung über die Grundsteuer B gehen soll. Alle Grundstückseigentümer bekämen in den nächsten Wochen einen Änderungsbescheid ihrer Grundsteuer B und müssten zum nächsten Einzugstermin im Mai rückwirkend zum 1.1.25 die gesamte Höhe von 1.275 % Hebesatz zahlen.

Am 5.6. wird in der Stadtverordnetenversammlung der HH 2025 beschlossen mit sicher vielen Entscheidungen, die ich eben skizziert habe. Wir wissen dann am 5.6. wie hoch die Grundsteuer B ausfallen muss. Dann würde wieder ein neuer Grundsteuerbescheid verschickt.

Unser Ziel ist es, dass die Erhöhung so gering wie möglich ausfällt und alle anderen Möglichkeiten mitbetrachtet werden müssen. Auch die Gewerbesteuer gehört für uns in die Betrachtung dazu. Diese wird vom Gewinn des Unternehmens berechnet. Alle Kosten hat die Firma schon vorher abgezogen.

Und ja, die Steuererhöhung soll und muss nicht dauerhaft so bleiben.Genauso wie mit einer Nachhaltigkeitssatzung beschlossen werden soll, dass die Grundsteuer wieder gesenkt werden soll, so schnell das irgendwie möglich wird, so kann auch die Gewerbesteuer wieder gesenkt werden.

Sie sehen, es ist noch vieles genauer zu beraten und zu betrachten. Die Unterlagen und Antworten dazu fehlen uns Stadtverordnete. Der Magistrat hat ja vorgeschlagen

den HH 2025 jetzt erst am 5.6. zu beschließen. Heute allein die Grundsteuer losgelöst von den Haushaltsberatungen zu erhöhen, kann nicht die richtige Antwort sein, weil wir gar nicht wissen, wie hoch denn der Hebesatz sein muss. Und den Hebesatz im ersten Halbjahr in jeder Stadtverordnetenversammlung zu ändern, ist eine Zumutung für die Grundstückseigentümer.

Die Koalition hat heute einen Antrag auf Verschiebung der Verwaltungsvorlage in die Sitzung am 5.6. gestellt.

Hierbei ist festzustellen, dass die Koalition aus CDU, SPD und FDP mit Ihrer Mehrheit sozusagen die Regierung in Bensheim stellt. Sie hat damit als Koalition auch Verantwortung übernommen. Statt eine Verschiebung zu beantragen, hätte die Koalition auch Lösungsvorschläge (zur Liquidität) machen können. Dies ist nicht erfolgt. Ihre Entscheidung.

Sie können es meiner Rede entnehmen. Wir werden, wie schon im Haupt- und Finanzausschuss den beiden Änderungsanträge von BfB und VuA und der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen.

Wir werden dem Änderungsantrag der Koalition auf Verschiebung zustimmen und alles zusammen am 5.6. entscheiden.